

Ausgabe Nr. 10 / 14.7.2000

In aller Kürze

- Die Arbeitskräftenachfrage in (West-)Deutschland war im Herbst 1999 im Ganzen so lebhaft wie lange nicht mehr. Sie zeigt also nach wie vor ein hohes Maß an Reagibilität und Elastizität, wenn von den Gütermärkten entsprechende Impulse ausgehen. In Ostdeutschland allerdings blieb die Kräfteachfrage im Allgemeinen schwach.
- Die konjunkturelle Belegung hat das Stellenangebot kräftig erhöht. Die den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen haben relativ stärker zugenommen als das gesamte Stellenangebot, so dass eine höhere Meldequote als im Jahr 1998 zu verzeichnen war.
- Relativ wenige Betriebe nennen als Hemmnis ihrer wirtschaftlichen Aktivität das Fehlen von geeigneten Arbeitskräften (im Westen 11 %, im Osten 4 %). Viel wichtiger war der Auftragsmangel. Im Westen stuften ihn 18 %, im Osten 24 % als Produktionshindernis ein.
- Zur Minderung von Personalengpässen nutzen die wenigen Betriebe mit Arbeitskräftemangel ein ganzes Bündel von betriebswirtschaftlichen Maßnahmen, besonders häufig Überstunden.
- In verschiedenen Branchen/Regionen können betriebliche Aktivitäten zwar durch Arbeitskräftemangel behindert werden. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene spielt er aber nach wie vor nur eine geringe Rolle und ist derzeit keine Bremse für Wachstum und Beschäftigungsentwicklung.

Autor/in

Emil Magvas
Eugen Spitznagel

Aktuelle Diskussion

Arbeitskräftemangel – Bremse für Wachstum und Beschäftigung?

Bei hoher Unterbeschäftigung sind partielle Knappheiten derzeit nicht das Kernproblem am deutschen Arbeitsmarkt

In der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion rückt immer mehr die Frage nach dem gesamtwirtschaftlichen bzw. branchenspezifischen Arbeitskräftemangel in den Vordergrund. Ist Arbeitskräftemangel nun Fakt oder Fiktion, geben Meldungen über Personalengpässe Anlass zur Sorge um Wachstum und Beschäftigung? Diese Frage soll mit Ergebnissen aus der jüngsten Betriebsbefragung des IAB zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot beantwortet werden.

Konjunkturelle Belegung erhöht Stellenangebot

Im Lauf des zweiten Halbjahres 1999 hat die Konjunktur in Deutschland wieder Fahrt aufgenommen und allmählich auch den Arbeitsmarkt erreicht: Seit dem Herbst nimmt die Beschäftigung (saisonbereinigt) von Monat zu Monat wieder zu. So lag denn auch das *gesamtwirtschaftliche Stellenangebot* in Deutschland im Durchschnitt des vierten Quar-

tals 1999 mit knapp 1,2 Mio um 0,1 Mio über dem Stand des entsprechenden Vorjahreszeitraums (vgl. Graphik).

Bei im Ganzen lebhafter Arbeitskräftenachfrage wurden die Arbeitsämter von den Betrieben und Verwaltungen in steigendem Maße an der Personalsuche beteiligt. Die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen hat etwas stärker zu-

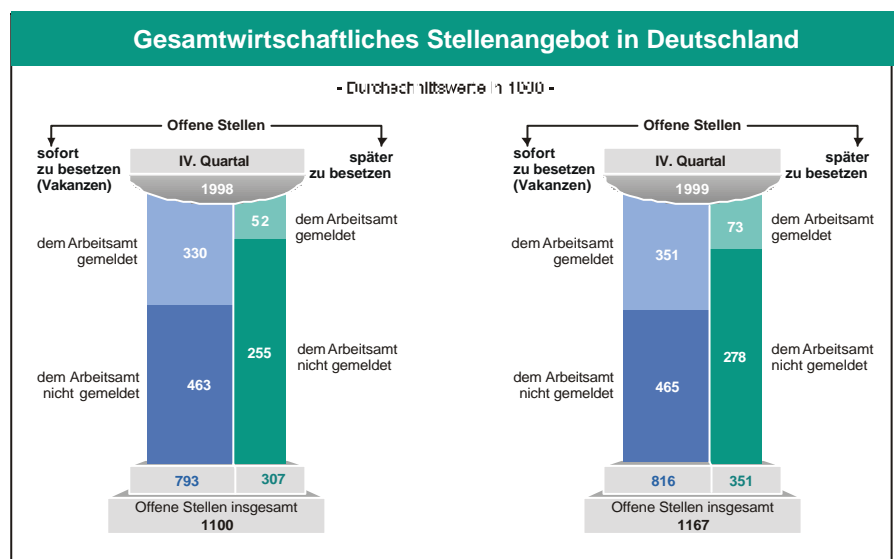


Tabelle 1

Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots 1989 - 1999									
Jeweils 4. Quartal	Westdeutschland			Ostdeutschland			Deutschland		
	Vakanzen	später zu besetzende Stellen	Stellen- angebot insgesamt	Vakanzen	später zu besetzende Stellen	Stellen- angebot insgesamt	Vakanzen	später zu besetzende Stellen	Stellen- angebot insgesamt
	Durchschnittsbestand in 1000								
dem Arbeitsamt gemeldet									
1989	250	39	289	•	•	•	•	•	•
1990	256	52	308	•	•	•	•	•	•
1991	265	57	322	•	•	•	•	•	•
1992	243	32	275	23	9	32	266	41	307
1993	166	32	199	28	10	38	194	42	237
1994	190	30	219	47	14	61	237	44	280
1995	181	45	227	35	21	56	216	66	283
1996	188	44	232	46	10	57	234	54	288
1997	215	38	253	53	7	60	268	45	313
1998	276	37	313	54	15	69	330	52	382
1999	307	59	366	44	14	58	351	73	424
dem Arbeitsamt nicht gemeldet									
1989	374	164	538	•	•	•	•	•	•
1990	395	239	634	•	•	•	•	•	•
1991	428	219	647	•	•	•	•	•	•
1992	378	208	586	38	41	79	416	249	665
1993	207	131	337	59	60	119	266	191	456
1994	238	123	362	63	54	117	301	177	479
1995	260	168	427	61	55	116	321	223	543
1996	274	130	403	68	42	110	342	172	513
1997	282	122	404	62	30	92	344	152	496
1998	416	206	622	47	49	96	463	255	718
1999	419	238	657	46	40	86	465	278	743
Summe									
1989	624	203	827	•	•	•	•	•	•
1990	651	291	942	•	•	•	•	•	•
1991	693	276	969	•	•	•	•	•	•
1992	621	240	861	61	50	111	682	290	972
1993	373	163	536	87	70	157	460	233	693
1994	428	153	581	110	68	178	538	221	759
1995	441	213	654	96	76	172	537	289	826
1996	462	174	635	114	52	166	576	226	801
1997	497	160	657	115	37	152	612	197	809
1998	692	243	935	101	64	165	793	307	1100
1999	726	297	1023	90	54	144	816	351	1167

Anmerkung: „Gemeldete“ Offene Stellen werden sowohl in der amtlichen Statistik als auch in der IAB/GFK/ifo-Erhebung ausgewiesen. Geringfügige Unterschiede ergeben sich aus Folgendem: Erstere ist eine Vollzählung der Bestände jeweils zu einem bestimmten Monatsstichtag. Letztere ist eine hochgerechnete Stichprobe aus Beständen jeweils zu unterschiedlichen Tagen innerhalb der Monate Oktober, November und Dezember. Geringfügige Abweichung durch Runden möglich.

Gewichtung: Betriebe

Quelle: IAB/ifo-Erhebung über Personalbedarf und offene Stellen

genommen (rd. +40.000) als das nicht gemeldete Stellenangebot (rd. +35.000). Der Anteil der gemeldeten Stellen – die Meldequote – nahm von rd. 35 % im Vorjahr auf nun 36 % zu (vgl. Tabellen 1 und 2).

Die wirtschaftliche Belegung am Arbeitsmarkt wurde allerdings nur in den *alten Bundesländern* spürbar. Das gesamte Stellenangebot stieg hier um rd. 100.000 auf gut 1 Mio. Dabei legten die später zu besetzenden Stellen (rd. +50.000) mehr zu als die Vakanzen (gut +30.000). Da die Zahl der gemeldeten Stellen stärker als die Gesamtzahl der offenen Stellen zunahm, ist die Meldequote des gesamten Stellenangebots in Westdeutschland von 33,5 % auf 35,8 % gestiegen. Von den Vakanzen waren 42 %, von den später zu besetzenden Stellen knapp 20 % bei den Arbeitsämtern gemeldet.

In den *neuen Bundesländern* ging das gesamte Stellenangebot um 20.000 auf rd. 145.000 zurück. Der Rückgang betraf sowohl die Vakanzen (-10.000) als auch die Zahl der später zu besetzenden Stellen (-10.000). Anders als in den alten Bundesländern nahm auch das den Arbeitsämtern gemeldete Stellenangebot ab, sogar stärker als die Zahl der nicht gemeldeten Stellen. Hier dürfte sich ausgewirkt haben, dass nach dem kräftigen Anstieg im Jahr 1998 die Zahl der Stellen in ABM und Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM) wieder gesunken ist, die alle vor ihrer Besetzung den Arbeitsämtern gemeldet werden müssen. Deshalb ging die *Meldequote* gegenüber 1998 von knapp 42 % auf gut 40 % zurück. Von den Vakanzen waren 49 %, von den später zu besetzenden Stellen 26 % gemeldet.

Angesichts des Gesamtangebots von rd. 1,2 Mio offenen Stellen im Herbst 1999 darf allerdings das gesamtwirtschaftliche Arbeitsplatzdefizit von fast 6 Mio nicht übersehen werden. Außerdem ist der Stellenbestand nur eine Momentaufnahme, da er durch Zu- und Abgänge umgeschlagen wird. Eine gemeldete Stelle befindet sich im Durchschnitt acht Wochen im Bestand.

Tabelle 2

Entwicklung der Meldequoten 1989 - 1999 ¹⁾			
Jeweils 4. Quartal	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
Vakanzen	40,1	•	•
1989 später zu besetzende Stellen	19,2	•	•
insgesamt	34,9	•	•
Vakanzen	39,3	•	•
1990 später zu besetzende Stellen	17,9	•	•
insgesamt	32,7	•	•
Vakanzen	38,2	•	•
1991 später zu besetzende Stellen	20,7	•	•
insgesamt	33,2	•	•
Vakanzen	39,1	37,7	39,0
1992 später zu besetzende Stellen	13,3	18,0	14,1
insgesamt	31,9	28,8	31,6
Vakanzen	44,5	32,2	42,2
1993 später zu besetzende Stellen	19,6	14,3	18,0
insgesamt	37,1	24,2	34,2
Vakanzen	44,4	42,7	44,1
1994 später zu besetzende Stellen	19,6	20,6	19,9
insgesamt	37,7	34,3	36,9
Vakanzen	41,0	36,5	40,2
1995 später zu besetzende Stellen	21,1	27,6	22,8
insgesamt	34,7	32,6	34,4
Vakanzen	40,7	40,4	40,6
1996 später zu besetzende Stellen	25,3	19,2	23,9
insgesamt	36,5	33,7	36,0
Vakanzen	43,3	46,1	43,8
1997 später zu besetzende Stellen	23,8	18,9	22,8
insgesamt	38,5	39,5	38,7
Vakanzen	39,9	53,5	41,6
1998 später zu besetzende Stellen	15,3	22,5	16,9
insgesamt	33,5	41,8	34,7
Vakanzen	42,2	48,8	43,0
1999 später zu besetzende Stellen	19,9	25,9	20,8
insgesamt	35,8	40,3	36,3

¹⁾ Anteil der den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen am gesamten Stellenangebot (in %). Er errechnet sich aus Bestandsgrößen. Für die Beteiligung der Arbeitsämter am Stellenbesetzungsgeschehen wird als Indikator auch ein sogenannter Einschaltungsgrad verwendet. Er ergibt sich als Verhältnis der Abgänge an offenen Stellen zu den begonnenen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen (ohne Auszubildende). Vgl. Arbeitsmarkt 1998 ANBA 47. Jahrgang, Juni 1999, S. 67.

Gewichtung: Betriebe

Quelle: IAB/Ifo-Erhebung über Personalbedarf und offene Stellen

Vakanzeit nur schwach gestiegen

Der Stellenbesetzungsvorgang erstreckt sich in der Regel über einen längeren Zeitraum. Nach dieser Erhebung betrug die Suchzeit der Betriebe 1999 in Westdeutschland durchschnittlich 75 Tage, in Ostdeutschland 70 Tage. Da die Betriebe erfahrungsgemäß mit zeitlichem Vorlauf auf Bewerbersuche gehen, sind die Stellen aber eine erheblich kürzere Zeit vakant: im Westen durchschnittlich 30 Tage, im Osten 22 Tage. Gegenüber dem Vorjahr ist die Vakanzeit im Westen nur schwach gestiegen, auf 40 % der gesamten Suchzeit. Im Osten ist sie auf 30 % gesunken.

Arbeitskräftemangel konzentriert sich auf wenige Betriebe

Auch bei allgemein hoher Unterbeschäftigung kann es zumindest zeitweise in Teilbereichen der Wirtschaft zu Problemen bei der Stellenbesetzung wegen Arbeitskräftemangels kommen. Daraus können sich Behinderungen der Produktions- und Beschäftigungsentwicklung ergeben. Um dies auszuloten, wurde auch danach gefragt, ob betriebliche Aktivitäten in den letzten 12 Monaten vor der Befragung durch betriebsexterne Gründe behindert worden seien und wenn ja, welche Rolle dabei das Fehlen geeigneter Arbeitskräfte gespielt hat.

Rund 40% der westdeutschen wie der ostdeutschen Betriebe berichteten im Herbst

1999 über externe Aktivitätshemmnisse (vgl. Tabelle 3). Sie werden dabei überwiegend auf der Nachfrageseite gesehen: Von den westdeutschen Betrieben geben 18 % und von ostdeutschen 24 % das Fehlen von Aufträgen als Hauptgrund an. Arbeitskräftemangel spielt gesamtwirtschaftlich weder im Westen noch im Osten bisher eine große Rolle. Immerhin klagt aber inzwischen jeder zehnte westdeutsche Betrieb über das Fehlen geeigneter Arbeitskräfte. Im Osten beträgt der Anteil lediglich 4 %. Bei ostdeutschen Betrieben spielen Finanzierungsprobleme seit Jahren eine größere Rolle (zuletzt 13%).

Tabelle 3

Aktivitätshemmnisse in West- und Ostdeutschland 1989 bis 1999 (jeweils 4. Quartal)											
Gründe, die Betriebe in den letzten zwölf Monaten hinderten, ihre (Markt-) Chancen voll zu nutzen - Anteile in %											
Kategorie	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Westdeutschland											
nein	72	73	72	72	58	58	54	47	54	52	53
ja	28	27	28	28	35	31	36	42	39	42	39
keine Angabe	0	0	0	0	8	11	10	10	7	6	8
wenn ja , welche Gründe ¹⁾ (bezogen auf alle Betriebe)											
zu wenig Aufträge/Nachfrage	10	7	7	10	18	15	23	24	23	23	18
zu wenig geeignete Arbeitskräfte	10	11	14	11	8	8	8	8	7	10	11
Lieferprobleme bei Vorlieferanten	1	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1
sonstige Gründe	9	10	4	8	12	7	8	15	12	14	15
Ostdeutschland ²⁾											
nein				50	48	56	58	54	49	50	51
ja				38	40	37	38	39	44	44	42
keine Angabe				12	12	7	3	7	7	6	7
wenn ja , welche Gründe ¹⁾ (bezogen auf alle Betriebe)											
zu wenig Aufträge/Nachfrage				17	17	16	19	21	24	25	24
zu wenig geeignete Arbeitskräfte				5	6	5	5	5	5	6	4
Lieferprobleme bei Vorlieferanten				2	2	1	1	1	1	1	0
Finanzierungsprobleme				11	13	12	13	14	15	14	13
mangelhafte Infrastruktur				7	5	5	4	4	3	3	3
fehlende Erweiterungsmöglichkeiten (Raummangel)				8	6	5	4	3	3	3	2
Eigentumsfragen				10	8	5	3	4	2	1	1

Gewichtung: Betriebe

¹⁾ Mehrfachnennungen möglich

²⁾ In den neuen Bundesländern begann die Erhebung erst 1992.

Quelle: IAB/ifo Erhebung über Personalbedarf und offene Stellen (IAB-Projekt Nr. 2-382)

Die Angaben der Betriebe zum Arbeitskräftemangel spiegeln in Westdeutschland die konjunkturelle Entwicklung der letzten 10 Jahre wider. So war der bisherige Höchststand (14 %) im Jahr 1991 zu verzeichnen, als der „Vereinigungsboom“ seinen Höhepunkt erreicht hatte. Die niedrigsten Anteile (rd. 8 %) zeigen die Jahre 1993 bis 1997, die durch Rezession und anschließend schwache Konjunktur gekennzeichnet waren. Im Jahre des konjunkturellen Aufschwungs (1999) lag der Anteil genau zwischen den Extremwerten.

Die Zeitreihe zeigt, dass sich auch bei schwacher Konjunktur aus friktionellen und strukturellen Gründen ein gewisser „Sockel“ von Betrieben durch Arbeitskräftemangel behindert sieht.

Seit Herbst 1999 hat sich die Konjunktur in Deutschland weiter verbessert, die Beschäftigung steigt. Mit zunehmender Arbeitskräftenachfrage könnte es zu Mangeln kommen. Wie aktuelle Betriebsbefragungen zeigen, sind solche Befürchtungen bislang allerdings im Ganzen unbegründet (vgl. Kasten auf Seite 8).

(rd. 60 %), wenn auch überwiegend „weniger stark“. Die Hälfte dieser Betriebe gibt Rationalisierungsmaßnahmen an, 40 % stellen Aushilfskräfte ein. Ebenfalls 40 % verlängern Lieferfristen bzw. Wartezeiten und ein Drittel gibt Aufträge an Subunternehmen weiter.

Leiharbeit und Zeitarbeit sind zwar gesamtwirtschaftlich noch relativ wenig verbreitet, denn nur 9 % aller Betriebe nutzten im 4. Quartal 1999 diese Möglichkeit zur Erweiterung ihrer personellen Kapazitäten. Von den Betrieben mit Arbeitskräftemangel haben dagegen knapp 20 % – wenn auch meist „weniger stark“ – von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Die Reaktionsmuster der Betriebe mit Arbeitskräftemangel legen den Schluss nahe, dass sie zwar eine breite Palette betriebswirtschaftlicher Kompensationen nutzen, aber dennoch gewisse Abstriche bei ihren Produktions- und Beschäftigungsplanungen machen. Bei der *gesamtwirtschaftlichen Gewichtung* dieser einzelwirtschaftlichen Reaktionsmuster ist im Hinblick auf wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigungsentwicklung allerdings zu berücksichtigen, dass die (westdeutschen) Betriebe mit Arbeitskräftemangel nur 11 % aller Betriebe und 13,5 % aller Beschäftigten repräsentieren. Immerhin bieten sie aber rd. 40 % der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Stellen an.

Branchen unterschiedlich stark von Aktivitätshemmnissen betroffen

Erwartungsgemäß differieren Ausmaß und Gründe der Aktivitätsbeschränkungen sehr stark, wenn man die Branchen betrachtet (vgl. Tabelle 4 auf Seite 6). Im Westen fällt auf, dass nicht selten Auftragsmangel und Arbeitskräftemangel gleichermaßen auftreten (z.B. in der Grundstoffindustrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, im Baugewerbe, in Verkehr und Nachrichtenübermittlung).

Die Meldungen allein über Arbeitskräftemangel kommen am häufigsten aus der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Grundstoffindustrie, der Land- und Forstwirtschaft sowie aus dem Baugewerbe, dem Verkehrs- und Nachrichtenwesen und den wirtschaftsnahen Diensten (jeweils zwischen 16 % und 19 %).

Dies deutet alles auf eine starke intrasektorale Differenzierung von Mangeln hin und bedarf der näheren Untersuchung.

Betriebe, die Arbeitskräftemangel als Aktivitätshemmnis angeben, schalten das Arbeitsamt bei der Bewerbersuche stärker ein als die übrigen. In Westdeutschland haben sie 40 % ihrer Stellen gemeldet. Bei den Betrieben ohne Arbeitskräftemangel waren es nur 32 %.

Betriebe mit Arbeitskräftemangel sind an der Gesamtzahl der offenen Stellen stark beteiligt. 40 % (rd. 410.000) aller offenen Stellen in Westdeutschland entfallen auf Betriebe dieser Gruppe.

Betriebe reagieren auf Arbeitskräftemangel mit einem Bündel von Maßnahmen

Wie die Betriebe auf Arbeitskräftemangel reagieren, zeigen die Antworten auf die Frage, wie stark sie in den letzten 12 Monaten von folgenden Möglichkeiten Gebrauch gemacht haben: Überstunden/Sonderschichten; Leiharbeit/Zeitarbeit; befristete Einstellungen; zusätzliche Aushilfskräfte; Rationalisierung; Verlängerung der Lieferfristen oder Wartezeiten; Weitergabe von Aufträgen an Subunternehmen; Verzicht auf Aufträge/Leistungen (Mehrfachnennungen waren hier zugelassen, vgl. Tabelle 5 auf Seite 6).

Danach setzen die – relativ wenigen – westdeutschen Betriebe mit Arbeitskräftemangel ein Bündel von Maßnahmen ein. Im Durchschnitt wurden nämlich von den o.g. Möglichkeiten je Betrieb 3,3 angegeben. Bei Betrieben ohne Arbeitskräftemangel bestand mit durchschnittlich 1,5 Maßnahmen diesbezüglich weniger Handlungsbedarf. Als bevorzugte betriebswirtschaftliche Maßnahmen zum Ausgleich fehlenden geeigneten Personals werden Überstunden bzw. Sonderschichten eingesetzt. Rund 70% der Betriebe, die über Arbeitskräftemangel berichteten, nutzen sie, und zwar „sehr stark“ 38 % und „weniger stark“ 31 %. Zum Vergleich: Im Durchschnitt aller Betriebe berichtet immerhin jeder zweite, Überstunden zu fahren. Die Betriebe, die keinen Arbeitskräftemangel angeben, tragen also weit überwiegend zum gesamtwirtschaftlichen Überstundenvolumen bei.

Ein hoher Anteil der Betriebe mit Arbeitskräftemangel nennt auch den Verzicht auf Aufträge bzw. Leistungen als Konsequenz

(rd. 60 %), wenn auch überwiegend „weniger stark“.

Zur Untersuchung

Das IAB führt in Zusammenarbeit mit dem ifo-Institut für Wirtschaftsforschung bzw. der GfK seit 1989 in Westdeutschland und seit 1992 in Ostdeutschland Repräsentativbefragungen über den Personalbedarf von Betrieben und Verwaltungen durch. Diese jährlichen Befragungen liefern regelmäßig ein Bild von Umfang und Struktur des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots sowie von Stellenbesetzungsvorgängen. Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot besteht aus den *sofort* zu besetzenden Stellen (Vakanzen), die den aktuellen Arbeitskräftebedarf angeben, und den *später* zu besetzenden Stellen, die über den Tag hinausgehende personelle Dispositionen widerspiegeln. Unterschieden werden hier jeweils den Arbeitsämtern gemeldete und nicht gemeldete Stellen. Außerdem werden die Betriebe nach Hemmnissen gefragt, die ihre Aktivitäten möglicherweise behindern.

Tabelle 4

Aktivitätshemmnisse, Auftragsmangel und fehlende geeignete Arbeitskräfte 1999 (4. Quartal) in West- und Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Betriebe mit Aktivitätshemmnissen ¹⁾	bezogen auf alle Betriebe		Betriebe mit Aktivitätshemmnissen ¹⁾	bezogen auf alle Betriebe	
		Auftragsmangel	fehlende Arbeitskräfte		Auftragsmangel	fehlende Arbeitskräfte
Anteile der Betriebe in %						
Insgesamt	39	18	11	42	24	4
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	40	12	18	27	8	5
Energiewirtschaft, Bergbau	3	0	0	16	6	0
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	48	30	12	48	35	5
Grundstoffindustrie	43	27	17	49	35	5
Investitionsgüterindustrie	45	30	10	47	35	6
Verbrauchsgüterindustrie	52	34	9	51	38	6
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	52	22	19	45	29	2
Baugewerbe	56	33	18	51	34	6
Handel	37	18	6	44	26	3
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	46	26	16	35	20	6
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	23	12	6	19	5	1
Konsumnahe Dienstleistungen	33	10	10	38	18	6
Soziale Dienstleistungen	33	8	3	40	12	2
Wirtschaftsnahe Dienstleistungen	40	16	18	42	29	6
Staat	5	0	1	9	0	1

¹⁾ Gründe, die Betriebe in den letzten 12 Monaten hinderten, ihre (Markt-)Chancen in vollem zu nutzen (Anteil mit Antwort "ja")

Gewichtung: Betriebe

Quelle : IAB/ifo-Erhebung über Personalbedarf und offene Stellen

Tabelle 5

Betriebswirtschaftliche Strategien in westdeutschen Betrieben 1999 (4. Quartal)

betriebswirtschaftliche Maßnahme	Von <u>allen</u> Betrieben haben die angegebene Möglichkeit ... % genutzt	Von den Betrieben, die als Aktivitätshemmnis zu <u>wenig geeignete Arbeitskräfte</u> nennen, haben in den letzten 12 Monaten von den angegebenen Möglichkeiten Gebrauch gemacht			
		insgesamt	davon		gar nicht
			sehr stark	weniger stark	
Anteile in %					
Überstunden, Sonderschichten	46	69	38	31	22
Rationalisierung	28	49	19	30	37
zusätzliche Aushilfskräfte	23	42	15	27	42
Verzicht auf Aufträge/Leistungen	18	62	17	45	27
befristete Einstellungen	15	22	6	16	61
Verlängerung der Lieferfristen oder Wartezeiten	15	42	12	30	42
Auftragsweitergabe an Subunternehmen	14	32	11	21	51
Leiharbeit, Zeitarbeit	9	19	5	13	64

Gewichtung: Betriebe

Differenz zu 100 betrifft Fälle ohne Angaben

Quelle : IAB/ifo-Erhebung über Personalbedarf und offene Stellen

Mehrbeschäftigungspotenzial schwankt im Konjunkturverlauf

Um das *Mehrbeschäftigungspotenzial* auszuloten, wurden die Betriebe und Verwaltungen wie in den Vorjahresehebungen gefragt, ob sie im Laufe der 12 Monate vor dem Erhebungszeitpunkt mehr Arbeitskräfte beschäftigt hätten, wenn diese in ausreichender Zahl und mit der nachgefragten Qualifikation zur Verfügung gestanden hätten. Dies wurde im Spätherbst 1999 von 15% aller westdeutschen Betriebe bejaht. Nach ihren Angaben wären im Durchschnitt des zurückliegenden 12 Monatszeitraums theoretisch rd. 380.000 Personen mehr beschäftigt worden, davon schätzungsweise 250.000 in Betrieben, die Arbeitskräftemangel meldeten. Gemessen an der Erwerbstätigenzahl beträgt dieses Mehr-

beschäftigungspotenzial 1,3%. Die ostdeutschen Betriebe beziffern es mit rd. 50.000 Personen bzw. 0,9%. Auch hier zeigen sich im Westen über die Zeit ausgeprägte konjunkturelle Schwankungen und im Osten Stagnation auf niedrigem Niveau.

Insgesamt liefern diese Angaben keine Anhaltspunkte für derzeit außergewöhnliche Spannungen oder gar Funktionsmängel am Arbeitsmarkt. So war das retrospektive Mehrbeschäftigungspotenzial zu Beginn der 90-er Jahre absolut und im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung weit höher als 1999 (vgl. Tabelle 6). Außerdem ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um die Hochrechnung *einzelwirtschaftlicher* Einstellungs-

vorhaben handelt. Ob und wieweit damit *gesamtwirtschaftlich* Beschäftigungschancen ungenutzt bleiben, ist schwer zu beurteilen, weil Substitutions- und Komplementäreffekte gleichermaßen angenommen werden müssen.

Ein Teil dieses Mehrbeschäftigungspotenzials könnte auch – im Sinne frictionsbedingt offener Stellen – als Bugwelle gedeutet werden, die v. a. auf Expansionskurs befindliche Betriebe vor sich herschieben. So gab es selbst in den Jahren 1993 – 1997, die insgesamt von schwacher Konjunktur und Arbeitskräftenachfrage geprägt waren, ein Mehrbeschäftigungspotenzial von durchschnittlich 0,2 Mio Personen.

Tabelle 6

Mehrbeschäftigungspotenziale in West- und Ostdeutschland (durchschnittlicher Bestand *)											
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Westdeutschland											
Anteil der Betriebe mit Mehrbeschäftigungspotenzial (%)	16	20	20	17	10	11	11	10	8	13	15
Mehrbeschäftigungspotenzial ¹⁾											
• auf Dauer ²⁾	302	408	406	329	182	177	173	127	137	273	289
• vorübergehend ³⁾	56	78	55	35	34	27	26	37	56	49	95
Mehrbeschäftigungspotenzial insgesamt	358	486	461	364	216	204	199	164	193	322	384
Anteil Mehrbeschäftigungspotenzial an Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt, %)	1,3	1,7	1,6	1,2	0,7	0,7	0,7	0,6	0,7	1,1	1,3
Ostdeutschland											
Anteil der Betriebe mit Mehrbeschäftigungspotenzial (%)	•	•	•	12	11	11	9	9	8	9	8
Mehrbeschäftigungspotenzial ¹⁾											
• auf Dauer ²⁾	•	•	•	48	45	46	34	29	23	35	33
• vorübergehend ³⁾	•	•	•	9	9	10	9	13	15	20	21
Mehrbeschäftigungspotenzial insgesamt	•	•	•	57	54	56	43	42	38	55	54
Anteil Mehrbeschäftigungspotenzial an Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt, %)	•	•	•	0,9	1,0	0,9	0,7	0,7	0,6	0,9	0,9

Gewichtung: Betriebe

¹⁾ im Durchschnitt des 12-Monatszeitraums vor dem Befragungszeitpunkt im 4. Quartal

¹⁾ Mehrbeschäftigungspotenzial = im zurückliegenden 12-Monatszeitraum potenziell mehr beschäftigte Personen x durchschnittliche Beschäftigungsdauer / 12

²⁾ durchschnittliche Beschäftigungsdauer im zurückliegenden 12-Monatszeitraum: 7,1 / 7,1 / 7,1 / 6,4 / 6,6 / 6,3 / 5,7 / 5,5 / 5,4 / 6,3 / 5,9 Monate. Für die Jahre 1989 und 1990 wurde die durchschnittliche Beschäftigungsdauer von 1991 angenommen.

³⁾ durchschnittliche Beschäftigungsdauer im zurückliegenden 12-Monatszeitraum: 3,6 / 3,6 / 3,6 / 3,3 / 5,5 / 3,7 / 4,6 / 5,4 / 4,0 / 4,0 / 5,4 / 5,6 Monate. Für die Jahre 1989 und 1990 wurde die durchschnittliche Beschäftigungsdauer von 1991 angenommen

Quelle: IAB/ifo Erhebung über Personalbedarf und offene Stellen

Fazit

➤ Die Arbeitskräftenachfrage in Deutschland war im Herbst des Jahres 1999 im Ganzen so lebhaft wie lange nicht mehr. In *Westdeutschland* ist sowohl die realisierte als auch die nicht-realisierte Arbeitskräftenachfrage im Jahresverlauf konjunkturell bedingt deutlich gestiegen. Die Situation im Herbst war etwa mit der Lage zu Anfang der 90er Jahre vergleichbar. Dies belegt die nach wie vor hohe Reagibilität und Elastizität der Arbeitsnachfrage, wenn Impulse von den Gütermärkten ausgehen.

➤ In *Ostdeutschland* folgte die Arbeitskräftenachfrage nicht dem westdeutschen Trend. Sie blieb im Ganzen schwach. Nach der allein von der Arbeitsmarktpolitik getragenen Zunahme im Jahr 1998 fiel sie im Jahr 1999 noch unter den Stand von 1997 zurück. Als positiv ist aber zu werten, dass die Zahl der später zu besetzenden Stellen nur geringfügig abnahm und damit die längerfristigen personellen Dispositionen der Betriebe nicht ungünstig sind.

➤ Die den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen in Deutschland haben relativ stärker zugenommen als das gesamte Stellenangebot, so dass im Herbst 1999 im Durchschnitt eine höhere Meldequote zu verzeichnen war als im Vorjahr. Ein Rückblick auf das letzte Jahrzehnt zeigt auch im Trend eine zunehmende Beteiligung der Arbeitsämter am gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot. In dem Maße, wie Betriebe und Verwaltungen vermehrt die Arbeitsämter bei Stellenbesetzungen einschalten, erweitern sich deren Möglichkeiten, gemeldete Arbeitssuchende in Beschäftigung zu bringen. Dies kann zwar die Beschäftigung fördern und die friktionelle Arbeitslosigkeit etwas verkleinern. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsplatzdefizit wird – unter sonst gleichen Bedingungen – dadurch allerdings nicht vermindert.

➤ Nach wie vor nennen relativ wenige Betriebe als Hemmnis ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten das Fehlen von geeigneten Arbeitskräften (Westen: 11 %, Osten: 4 %). Die Tendenz ist aber im Westen leicht steigend. Auf diese Betriebe entfällt immerhin 40 % und in Ostdeutschland knapp 30 % des gesamten Stellenangebots. Mehr als andere Betriebe schalten sie das Arbeitsamt bei der Bewerbersuche ein. Zur Minderung von Arbeitskräfteengpässen nutzen sie ein

Bündel betriebswirtschaftlicher Maßnahmen. Die im Ganzen aber doch relativ kleine Gruppe hilft sich v.a. mit Überstunden oder verzichtet auf Aufträge.

➤ Das retrospektive Mehrbeschäftigungspotenzial liegt mit 0,4 Mio Personen unter seinem bisherigen Höchststand von 0,5 Mio Personen im Jahr 1990. Diese theoretische Größe beinhaltet einen friktionell und strukturell bedingten Sockel in der Größenordnung von 0,2 Mio Personen. Sie zeigt im Westen ausgeprägte Schwankungen im Konjunkturverlauf und stagniert im Osten auf niedrigem Niveau. Die Angaben der Betriebe vom Herbst 1999 liefern keine Anhaltspunkte für außergewöhnliche Spannungen oder gar ausgeprägte Funktionsmängel am Arbeitsmarkt. Dies gilt auch bis weit ins Jahr 2000 hinein. Zwar werden in verschiedenen Branchen/Regionen betriebliche Aktivitäten durch Arbeitskräftemangel behindert. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt spielt er aber nach wie vor eine geringe Rolle. Dennoch sollten potenzielle Mangelagen in Teilbereichen der Wirtschaft beachtet werden.

Indikatoren zu Produktionsbehinderungen durch Arbeitskräftemangel im Jahr 2000

Der monatliche bzw. vierteljährliche ifo-Konjunkturtest in wichtigen Wirtschaftsbereichen fragt ebenfalls nach Behinderungen der Produktionstätigkeit der Unternehmen durch Arbeitskräftemangel, allerdings mit anderem methodischem Ansatz. Der ifo-Konjunkturtest ist *zeitpunktbezogen* und zielt auf den jeweils *letzten* Monat. Die IAB-Erhebung ist *zeitraumbezogen*, denn sie betrifft die jeweils letzten *12 Monate*. Die ifo-Befragungen zu den DV-Dienstleistern wiederum beziehen sich auf ein Quartal.

Für den April 2000 berichteten im ifo-Konjunkturtest 4 % der westdeutschen und ebenfalls 4 % der ostdeutschen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes über Einschränkungen ihrer wirtschaftlichen Aktivität infolge von Arbeitskräftemangel. Im westdeutschen Bauhauptgewerbe betrug der Anteil zum gleichen Zeitpunkt lediglich 1 %, im ostdeutschen gab es dazu praktisch keine Meldungen (vgl. Übersicht auf Seite 9). Im Vergleich zum Vorjahr sind dabei keine nennenswerten Veränderungen zu konstatieren. Die wesentlichen Behinderungen der Produktionstätigkeiten resultieren aus anderen Ursachen wie Auftragsmangel u.a. Anders sieht es in der Branche der DV-Dienstleister aus: Die Hälfte aller westdeutschen und ein gutes Drittel der ostdeutschen Datenverarbeitungsunternehmen klagte dort im 1. Quartal 2000 über Fachkräftemangel.

Die gegenüber den zeitraumbezogenen Befragungen niedrigeren Anteilswerte des ifo-Konjunkturtest können folgendermaßen erklärt werden: Mangellagen bestehen oft nur vorübergehend bzw. werden von den Betrieben mit personalpolitischen Maßnahmen (z.B. erfolgreicher Personalsuche) überwunden. Deshalb können Einschätzungen der Betriebe im Hinblick auf Produktionsbehinderungen und ihre Gründe auch schnell umschlagen.

Produktionsbehinderung durch Arbeitskräftemangel						
Anteil der Unternehmen mit Produktionsbehinderung - in Prozent						
	1999				2000	
	Januar	April	Juli	Oktober	Januar	April
Westdeutschland						
Verarbeitendes Gewerbe						
Insgesamt	27	25	22	21	24	26
<i>darunter</i> Arbeitskräftemangel	3	1	2	2	3	4
Bauhauptgewerbe						
Insgesamt	76	30	24	25	73	32
<i>darunter</i> Arbeitskräftemangel	0	2	3	2	1	1
Ostdeutschland						
Verarbeitendes Gewerbe						
Insgesamt	28	36	28	30	31	30
<i>darunter</i> Arbeitskräftemangel	2	4	2	3	4	4
Bauhauptgewerbe						
Insgesamt	78	40	31	37	87	59
<i>darunter</i> Arbeitskräftemangel	1	2	3	3	1	0
Großhandel						
Insgesamt	46	34	34	30	45	34
<i>darunter</i> Arbeitskräftemangel	4	3	1	0	1	2
Einzelhandel						
Insgesamt	39	38	43	39	35	32
<i>darunter</i> Arbeitskräftemangel	3	6	8	6	7	8
	1999				2000	
	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal
Westdeutschland						
DV-Dienstleister						
Insgesamt	61	64	65	66	67	.
<i>darunter</i> Fachkräftemangel	51	53	49	51	54	.
Ostdeutschland						
DV-Dienstleister						
Insgesamt	56	54	56	59	56	.
<i>darunter</i> Fachkräftemangel	34	35	39	36	38	.

Quelle: ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Die letzten Ausgaben des IAB *Kurzbericht* im Überblick

- Nr. 15
1.10.99 Hilfen für Existenzgründer
Bessere Fördertechnik in den Vereinigten Staaten
Pfiffige Finanzierungskonzepte erleichtern dort auch Arbeitslosen den Sprung in die Selbständigkeit
- Bei uns herrscht Mangel im Überfluß - Vernetzung als Ausweg
- Nr. 16
18.11.99 Internationale Vergleiche
Vom Sorgenkind Europas zum keltischen Tiger
Die Erfolgsgeschichte der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Irland
- Nr. 1
29.2.00 Bundesrepublik Deutschland
Der Arbeitsmarkt im Jahr 2000
Beschäftigungsanstieg und Angebotsentlastung lassen die Arbeitslosigkeit kräftig sinken
- Nr. 2
24.3.00 Wege zu mehr Beschäftigung
Strategiebündel des IAB auf dem Prüfstand
Die Chancen für eine Umsetzung der Vorschläge vom Sommer 1996 sind gestiegen
- Nr. 3
4.4.00 „Greencard“ für Computerfachleute
Anwerbung kann Ausbildung nicht ersetzen
Die aktuelle Diskussion deckt Versäumnisse bei der Erstausbildung in IT-Berufen auf
- Nr. 4
18.4.00 Arbeitsmarktausgleich
Regionale Mobilität gestiegen
Bei einem Betriebswechsel werden immer öfter größere Entfernungen überwunden – gerade auch von Arbeitslosen
- Nr. 5
15.5.00 Anwerbung von IT-Spezialisten
Der amerikanische Weg – ein Modell für Deutschland?
Neben der „green card“ haben die USA ein erfolgreiches Programm für die befristete Beschäftigung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland eingerichtet
- Nr. 6
16.5.00 Arbeitsmittel in Deutschland – Teil 1
Moderne Technik bringt neue Vielfalt in die Arbeitswelt
Der Computer prägt immer mehr Arbeitsplätze ohne die herkömmlichen Arbeitsmittel zu verdrängen
- Nr. 7
17.5.00 Arbeitsmittel in Deutschland – Teil 2
Moderne Technik kommt heute überall gut an
Zwei Drittel der Erwerbstätigen arbeiten am Computer – Frauen wie Männer, die Hilfskraft wie die Führungskraft
- Nr. 8
23.6.00 Vermögensbeteiligung
Drei auf einen Streich
Durch eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ließen sich Arbeitsmarkt-, Renten- und Verteilungsprobleme reduzieren – Bald Thema im Bündnis für Arbeit
- Nr. 9
28.6.00 Diskurswechsel
Von der Massenarbeitslosigkeit zum Fachkräftemangel
Aktive Beschäftigungspolitik bleibt weiterhin erforderlich

Die Reihe IAB Kurzbericht gibt es seit 1976. Eine Übersicht über die letzten Jahrgänge finden Sie im Internet oder in der kostenlosen Broschüre „Veröffentlichungen“ des IAB (Tel. 0911/179-3025).

IAB Kurzbericht

Nr. 10 / 14.7.2000

Redaktion

Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik & Gestaltung

Monika Pickel, Elisabeth Strauß

Technische Herstellung

Hausdruckerei der Bundesanstalt für Arbeit

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,
Regensburger Str. 104,
D-90327 Nürnberg
Tel.: 0911/179-3025

IAB im Internet:

<http://www.iab.de>

Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an

Dr. Emil Magvas, Tel. 0911/179-3155

Dr. Eugen Spitznagel, Tel. 0911/179-3118

ISSN 0942-167X